

Kurztitel

Land- und forstwirtschaftliches Landesvertragslehrpersonengesetz

Kundmachungsorgan

BGBI. Nr. 244/1969 zuletzt geändert durch BGBI. I Nr. 164/2015

Typ

BG

§/Artikel/Anlage

§ 20

Inkrafttretensdatum

01.09.2019

Außerkrafttretensdatum

31.08.2019

Abkürzung

LLVG

Index

64/03 Landeslehrer

Text**Dienstzulagen für bestimmte Funktionen**

§ 20. (1) Einer Landesvertragslehrperson, die nach Absolvierung der einschlägigen Ausbildung mit der Wahrnehmung einer der folgenden Spezialfunktionen betraut ist, gebührt eine Dienstzulage:

1. Mentoring (§ 6),
2. Bildungsberatung (Abs. 2),
3. Sonder- und Heilpädagogik (Abs. 3).

(2) Die mit der Funktion Bildungsberatung beauftragte Landesvertragslehrperson hat über Bildungswege und Weiterbildungsmöglichkeiten zu informieren und bei Lern- und Verhaltensschwierigkeiten zu beraten und Hilfe zu vermitteln.

(3) Eine Betrauung mit der Funktion Sonder- und Heilpädagogik liegt vor, wenn die Landesvertragslehrperson zu Unterrichtstätigkeiten in Bezug auf Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf oder von körper- und sinnesbehinderten Schülerinnen und Schülern herangezogen wird.

- (4) Die Dienstzulage gemäß Abs. 1 Z 1 beträgt für die Betreuung
 1. einer Landesvertragslehrperson in der Induktionsphase 95,2 €,
 2. von zwei Landesvertragslehrpersonen in der Induktionsphase 126,6 € und
 3. von drei Landesvertragslehrpersonen in der Induktionsphase 158,0 €.

- (5) Die Dienstzulage gemäß Abs. 1 Z 2 und 3 beträgt jeweils 158,0 €.

(6) Landesvertragslehrpersonen, auf die § 8 Abs. 17 Z 2 anzuwenden ist, gebührt eine Dienstzulage in Höhe von 316,1 €, ab einer Funktionsdauer von fünf Jahren 474,1 €.

(7) Landesvertragslehrpersonen, die mit der verwaltungsmäßigen Unterstützung und Vertretung der Schulleitung betraut sind, gebührt eine Dienstzulage in der Höhe von

1. im Fall des § 8 Abs. 17a Z 1: 421,4 €,
2. im Fall des § 8 Abs. 17a Z 2: 631,1 €,
3. im Fall des § 8 Abs. 17a Z 3: 757,7 €.

(8) Bezüglich der Dienstzulagen gemäß Abs. 1 Z 1 und 2 und gemäß Abs. 6 und Abs. 7 ist § 21 Abs. 1 VBG nicht anzuwenden.

Schlagworte

Sonderpädagogik, Lernschwierigkeit

Zuletzt aktualisiert am

29.12.2017

Gesetzesnummer

10008235

Dokumentnummer

NOR40179057